

Antrag

der Bundesregierung

Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der AU/UN-Hybrid-Operation in Darfur (UNAMID) auf Grundlage der Resolution 1769 (2007) des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen vom 31. Juli 2007 und Folgeresolutionen

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Der Deutsche Bundestag stimmt der von der Bundesregierung am 17. Juni 2009 beschlossenen Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der AU/UN-Hybrid-Operation in Darfur (UNAMID) auf Grundlage der Resolution 1769 (2007) des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen vom 31. Juli 2007 und der Mandatsverlängerung durch Resolution 1828 (2008) des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen vom 31. Juli 2008 zu. Die hierfür vorgesehenen Kräfte können eingesetzt werden, solange ein Mandat des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen und die konstitutive Zustimmung des Deutschen Bundestages vorliegen, längstens jedoch bis zum 15. August 2010.
2. Der Einsatz wird fortgesetzt ohne inhaltliche Änderungen und unter Fortgeltung der Regelungen der Beschlüsse der Bundesregierung vom 7. November 2007 (Bundestagsdrucksache 16/6941), dem der Deutsche Bundestag am 15. November 2007 zugestimmt hat, und vom 13. August 2008 (Bundestagsdrucksache 16/10106), dem der Deutsche Bundestag am 17. September 2008 zugestimmt hat.
3. Der Deutsche Bundestag nimmt die Zusicherung der Bundesregierung zur Kenntnis, den Deutschen Bundestag erneut zu befassen, wenn der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen sein Mandat in einer Weise ändert, die für Einsatzrahmen und Aufgaben der eingesetzten deutschen Kräfte von Bedeutung ist.
4. Die einsatzbedingten Zusatzausgaben werden – sofern nicht von den Vereinten Nationen getragen bzw. erstattet – aus dem Einzelplan 14 finanziert. Sie werden für die Dauer von zwölf Monaten und bei einem Einsatz von bis zu 250 Soldatinnen und Soldaten rund 1,89 Mio. Euro betragen. Hiervon entfallen auf das Haushaltsjahr 2009 rund 0,65 Mio. Euro sowie auf das Haushaltsjahr 2010 rund 1,24 Mio. Euro. Für diese Ausgaben ist im Einzelplan 14 im Bundeshaushalt 2009 und im Finanzplan für das Jahr 2010 Vorsorge getroffen.

Begründung

Die Lage in Darfur bleibt äußerst angespannt. Anhaltende Kämpfe zwischen Regierungstruppen, Rebellen und Milizen sowie eine zunehmende Bedrohung durch bewaffnete Banditen belasten die ohnehin prekäre humanitäre Lage der Zivilbevölkerung in Darfur. Eine politische Lösung des Darfur-Konflikts steht aus, auch die angespannten Beziehungen zwischen Sudan und Tschad belasten die Lage in Darfur.

Vor diesem Hintergrund bleibt UNAMID als stabilisierendes Element zur Unterstützung einer politischen Lösung und der Verbesserung der Sicherheitslage in Darfur unverzichtbar. Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen hat am 31. Juli 2008 mit Resolution 1828 (2008) das UNAMID-Mandat inhaltlich unverändert bis zum 31. Juli 2009 verlängert. Mit einer weiteren Verlängerung wird gerechnet.

Aufgabe von UNAMID ist es, die umgehende und wirksame Umsetzung des Darfur-Friedensabkommens vom 5. Mai 2006 sowie des Ergebnisses der unter Vermittlung der Vereinten Nationen und der Afrikanischen Union geführten Friedensverhandlungen zu unterstützen. Nach Kapitel VII der Charta der Vereinten Nationen ist UNAMID autorisiert, zum Eigenschutz, zur Gewährleistung der Sicherheit und der Bewegungsfreiheit der humanitären Helfer, zur Förderung einer schnellen und effektiven Umsetzung des Darfur-Friedensabkommens, zur Verhinderung von Störungen seiner Umsetzung und bewaffneten Angriffen sowie – unbeschadet der Verantwortung der sudanesischen Regierung – zum Schutze von Zivilisten die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen. Dies schließt die Anwendung von Gewalt ein.

Der Aufwuchs der Mission ging lange Zeit nur langsam voran. Dies lag zum einen an der ablehnenden Haltung der sudanesischen Regierung und deren Forderung, dass der Großteil des UNAMID-Personals von afrikanischen Staaten gestellt werden solle. Zum anderen haben auch die großen logistischen Herausforderungen vor Ort den Aufwuchs erschwert.

Inzwischen sind von den vom VN-Sicherheitsrat für UNAMID autorisierten circa 26 000 Soldaten und Polizisten 15 686 im Einsatz (Stand 30. April 2009). Dies konnte insbesondere durch eine in den letzten Monaten verbesserte Zusammenarbeit der Vereinten Nationen und der Afrikanischen Union mit der sudanesischen Regierung im Rahmen eines gemeinsamen Komitees erreicht werden.

Zudem haben sich bei den Vereinten Nationen in New York wichtige Staaten, darunter Deutschland, zu einer „Freundesgruppe“ zusammengeschlossen, um in enger Abstimmung mit dem VN-Sekretariat Wege zu finden, den Aufwuchs der Mission zu unterstützen.

UNAMID trägt im Rahmen des Möglichen durch verstärkte Patrouillentätigkeiten und die Präsenz in den Flüchtlingslagern zu einer Verbesserung der humanitären Lage bei. Mit einer nachhaltigen Verbesserung der Sicherheitslage in Darfur ist indes nur dann zu rechnen, wenn auch – bislang ausstehende – dauerhafte Erfolge im politischen Prozess erreicht werden können.

Die deutsche Beteiligung an UNAMID ist ein wichtiges Zeichen, insbesondere an die Vereinten Nationen und die Afrikanische Union, dass Deutschland das internationale Engagement in Darfur unterstützt. Die deutschen Soldaten stellen für die Mission wichtige Fähigkeiten bereit: So war ein Soldat als Planer für den dringend benötigten Luftumschlag und Lufttransport eingesetzt. Zwei Soldaten sind derzeit in der Personalabteilung und der Logistikabteilung eingesetzt und unterstützen damit unmittelbar den Aufwuchs von UNAMID. Weitere Soldaten sollen bald folgen. Darüber hinaus soll das Mandat auch weiterhin die Möglichkeit vorsehen, bei entsprechender Anfrage der Vereinten Nationen UNAMID flexibel und kurzfristig durch Lufttransport zu unterstützen.

Das Bundeswehrengagement bei UNAMID ist Teil der Gesamtanstrengungen der Bundesregierung zur Friedenskonsolidierung im Sudan. Auch deutsche Polizeivollzugsbeamte verrichten bei UNAMID ihren Dienst. Zudem finanziert das Auswärtige Amt die Vorbereitung von überwiegend afrikanischen Polizisten am „Kofi Annan International Peacekeeping Training Centre“ in Accra, die für eine Verwendung bei UNAMID vorgesehen sind. Um die Lücke beim Einsatz gut ausgerüsteter Polizeieinheiten zu schließen und die afrikanischen Fähigkeiten beim Einsatz in Friedensmissionen zu stärken, stattet das Auswärtige Amt ferner eine senegalesische Polizeieinheit für den Einsatz bei UNAMID aus. Darüber hinaus unterstützt Deutschland die Vermittlungsbemühungen von Afrikanischer Union und Vereinten Nationen politisch und finanziell. Die Bundesregierung hat auch einen Beitrag zu dem von den Vereinten Nationen verwalteten „Darfur Community Peace and Stability Fund“ geleistet. Die Mittel dieses Fonds werden für lokale Entwicklungs- und Wiederaufbauprojekte eingesetzt mit dem Ziel, den Friedensprozess zu flankieren.

Die Hilfe für die vom Darfur-Konflikt betroffene Bevölkerung in Darfur und für die Darfur-Flüchtlinge im benachbarten Tschad zählt nach wie vor zu den Schwerpunkten der humanitären und entwicklungsorientierten Not- und Übergangshilfe der Bundesregierung. Bei der humanitären und entwicklungsorientierten Not- und Übergangshilfe belaufen sich die Zusagen der Bundesregierung im Sudan und im östlichen Tschad in diesem Jahr auf rund 20 Mio. Euro, überwiegend zugunsten der Hilfe in Darfur und für die Darfur-Flüchtlinge im Tschad.

